



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Einsteinstraße 1 - 3
81675 München
Telefon 089 419434-0
Fax 089 419434-20
info@bayika.de
www.bayika.de



Bayerische
Ingenieurekammer-Bau

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Baukonjunktur im Bereich Infrastruktur

Öffentliche Investitionen

Standpunkte der Kammer

8-Jahre Talfahrt bei Planen und Bauen

Die langjährige anhaltende Talfahrt in der Bauindustrie hat zu einem starken Personalabbau in den Bauunternehmen und den Planungsbüros geführt. Die immer schwieriger werdende Situation in den Planungsbüros ist als dramatisch zu bezeichnen (Insolvenzen namhafter Ingenieurbüros wie z.B. Köhler u. Seitz, Nürnberg, Wisseroth mit Niederlassungen in ganz Deutschland).

Der Bürokostenvergleich 2003 des AHO zeigt, dass der Umsatz je Mitarbeiter bei steigenden Personalkosten gefallen ist. Diese Zahlen von 2003 haben sich durch den Sparhaushalt des Landes und Bundes im Frühjahr 2004 nochmals weiter verschlechtert (Umfrageergebnisse der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau).

Die fehlenden Mauteinnahmen für das Jahr 2004, die spektakulären Kürzungen des Staatsstraßenhaushaltes des Freistaates Bayern, die Kürzungen des Investitionshaushaltes bei der DB-AG und die leeren Kassen in den Kommunen führen zu einem Auftragsrückgang für die Planungsbüros in einem noch nie da gewesenen Umfang. Obwohl die bayerischen Ingenieurbüros ihre Kapazitäten bereits abgebaut haben, werden sie jetzt gezwungen, langjährige und gut ausgebildete Mitarbeiter zu entlassen und sind damit künftigen Aufgaben nicht mehr gewachsen. Außerdem ist es jungen Menschen nicht mehr zu vermitteln, einen Studiengang im Bauwesen zu belegen, wenn jahrelang nur Horrormeldungen aus dieser Branche zu hören sind.

Haushaltssituation bei Land, Bund und Kommunen

Der Haushalt für den Um-, Ausbau und die Bestandserhaltung von Staatsstraßen in Bayern ist von 151 Mio. € in 2001 auf 104 Mio. € in 2004 um ca. 31 % zurückge-

gangen, obwohl ein Bedarf von 260 Mio. € vorhanden wäre. (100 Mio. für den Um- und Ausbauplan, 85 Mio. für die Bestandserhaltung, 45 Mio. Nachholbedarf für die Bestandserhaltung und 30 Mio. für Kleinprojekte) – den der Bayer. Oberste Rechnungshof immer wieder bei der Staatsregierung anmahnt.

Der Haushalt 2004 für Bundesfernstraßen in Bayern wird gegenüber den letzten Jahren ungefähr gleich bleiben, jedoch sollten die - jetzt noch fehlenden - Einkünfte aus den Mauteinnahmen auf den regulären Haushalt aufgesattelt werden. Für die zukünftigen Jahre bis 2008 wird die Situation jedoch noch schlechter. Hier ist ein Rückgang von ca. 20 % bei den Investitionen für die Bundesstraßen zu erwarten. In diesen Jahren sollte durch die erwarteten Mauteinnahmen eine deutliche Erhöhung der Investitionen des Fernstraßenbaues erfolgen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass es für Bürger schwer zu verstehen ist, dass nur ca. 38 % der Mauteinnahmen in den Fernstraßenhaushalt zurückfließen. Die Projektförderung des kommunalen Straßenbaus ist von 2002 bis 2004 um ca. 15 % gesunken, und es ist zu befürchten, dass durch die leeren Kassen in den Kommunen die Mittel für den Eigenanteil nicht aufgebracht werden können und somit die Gelder nicht verbaut werden.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die IV. Vertreterversammlung der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau eine Resolution zu der momentanen Situation der Bauwirtschaft und der Planungsbüros verfasst und den politisch Verantwortlichen zugeleitet. Darin wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, durch eine Verstärkung und Verstetigung der Investitionen dafür Sorge zu tragen, dass die Infrastruktur erhalten bleibt und dem Standort Bayern nicht durch den Abbau von qualifizierten Stellen im Bauwesen - in der freien Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung - großer Schaden zugefügt wird.

Unbefriedigende Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der CSU

Mit dem Antwortschreiben des Fraktionsvorsitzenden der CSU, Joachim Hermann, können die bayerischen Ingenieure nicht einverstanden sein und fordern weiter ein Umdenken beim restriktiven Sparkurs im Bereich der Bauinvestitionen. Es werden kurzfristig dringend Gelder benötigt, um wichtige Bau- und Bauunterhaltsaufgaben durchzuführen und gleichzeitig die Situation in der Bauindustrie und den Planungsbüros nicht eskalieren zu lassen. Was nutzt es nachfolgenden Generationen, wenn sie zwar eine geringere Schuldenlast, dafür aber eine den zukünftigen Anforderungen nicht gerecht werdende und in einem äußerst bedenklichen Zustand befindliche Infrastruktur übernehmen.

Notwendige Investitionen in die Infrastruktur Bayerns jetzt

Investitionen in diesem Bereich und zum jetzigen Zeitpunkt würden die schwache Baukonjunktur beleben, Arbeitsplätze in der Bauindustrie und den Planungsbüros erhalten und der sich beginnenden Erholung der Gesamtkonjunktur den erforderlichen Rückhalt geben. Diese Vorgehensweise hat auch in den zurückliegenden Jahrzehnten schwachen Konjunkturjahren und Rezessionen ein Ende bereitet. Der Bestand der Straßen und Brücken in Bayern ist in einem bedenklichen Zustand und der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur stellt einen erheblichen Bedarf dar. Handeln der Staatsregierung und des Bundes ist unbedingt angesagt. Sparen im Bereich von Bauinvestitionen ist kontraproduktiv.

Durch Planungen zum jetzigen Zeitpunkt ist Bayern für die Zukunft gerüstet

Die bayerische Straßenbauverwaltung hat für 700 Mio. € umsetzbares Baurecht und

erwartet in Kürze noch weiteres Baurecht in Höhe von 1,8 Mrd. €. Durch den Einsatz von notwendigen Planungsmitteln durch die bayerische Staatsregierung jetzt, werden diese zukünftigen Investitionen für Bayern gesichert.

Der Bereich des Planens und Bauens braucht langfristige, verlässliche Perspektiven und Finanzierungskonzepte. Planungs- und Baumaßnahmen erstrecken sich, insbesondere im Infrastrukturbereich, über Jahre und Jahrzehnte. Eine Politik, die in der Investitions- und Förderpolitik nahezu jährlich geänderte Bedingungen schafft, verunsichert Investoren und blockiert dadurch Investitionen.

PPP-Projekte fördern

Die Ankündigung von Bundesminister Stolpe für den Bau der BAB A 8 zwischen Sulzemoos und Ulm nach vorgenanntem Prinzip haben wir erfreut zur Kenntnis genommen. Es wird jedoch erwartet, dass auch mittelständische Unternehmen bei Planung und Bauen verstärkt berücksichtigt werden. PPP-Projekte dürfen nicht den Großbanken und den Baukonzernen vorbehalten bleiben.

Forderungen der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Jetzt müssen die öffentlichen Auftraggeber investieren, um Arbeitsplätze bei Planen und Bauen zu sichern und gleichzeitig teure Folgekosten für unsere Kinder und Enkel im Bereich unserer Infrastruktur abzuwenden.